

## Skandal oder blanke Unfähigkeit:

# Wer hat eigentlich beim Verkauf der GSG-Wohnungen gepennt?

Von Volker Wohnig, Jörg Dombrowe und Peter Vogel

Delmenhorst - Wer macht denn sowas? Da bietet die stadteigene Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft GSG mehrere hundert Wohnung für rund 10 Millionen Euro auf dem freien Immobilienmarkt an, und dann bleiben nur 6 Millionen Euro als Kaufpreis übrig, weil die GSG-Verhandlungspartner offenbar miserabel verhandelt haben? **Lokaler Schaden: 4 Millionen Euro. Wir haben´s ja!**

Bei kompetenter und professioneller finanzieller Beratung hätte man den Mietern einen Mietkauf oder Kauf anbieten und diese so als solvente Eigentümer Generationen übergreifend an die Stadt Delmenhorst binden können. Nix da! Es drängen sich schon einige Fragen auf, die wir gern beantwortet hätten:

**Frage:** Warum wurden die Wohnungen nicht den bisherigen Mietern zum Kauf angeboten, wie dies z.B. von der **Gewoba** bekannt ist? Nach Verkaufsauslobung lag auch ein notarielles Kaufgebot über • 10 Mio vor. Der Zuschlag wurde jedoch für • 8,3 Mio erteilt, an die HVD Grundbesitz GmbH&Co.KG iVn Viva Immobilien- und Verwaltungs GmbH (Briefkasten- Sitz Steuerparadies Norderfriedrichskoog) weil in Nebenabrede modernisiert und saniert wer-

den sollte. Später wurde dann auf • 6,3 Mio gemindert.

**Frage:** Wurden Nebenabreden als Bestandhaltung im notariellen Kaufvertrag gerichtsfest und vollstreckbar zur bestehenden Differenz von

*Weiter nächste Seite*



Nach dem plötzlichen Austritt der Landtagsabgeordneten **Swantje Hartmann** und weiterer Ratsmitglieder aus der SPD greift der Unterbezirk der Partei zu völlig unkonventionellen Werbemethoden um zu verhindern, dass die Partei hinter die Mitgliederzahl der hiesigen Grünen zurückfällt. Noch ist nicht entschieden, wer die Mitgliederwerbung im Stile des Parteivorsitzenden Müntefering aktiv betreibt. Im Gespräch sind SPD-Bundestagsabgeordneter **Holger Ortel** und SPD-Oberbürgermeister **de La Lanne**. Beide baten um Bedenkzeit! **Karikatur: ND**

### „Fall Hartmann“:

## Die hohe Zeit der Hinterbänkler ...

*Eines muss man der Delmenhorster SPD lassen: Während die Partei bundesweit am Abgrund steht, ist sie in Delmenhorst schon einen Schritt weiter. Der „Fall Hartmann“ belegt anschaulich, welche Methoden eine Partei wie die SPD anwendet, um sich ihren Machterhalt zu sichern - notfalls auch mit dubiosen Methoden.*

*Der sogenannte „Fall Hartmann“ ist ein Grenzfall von übler Parteipolitik, und das disqualifiziert nicht nur Teile der hiesigen SPD sondern vor allem die Funktionsträger dieser Partei. Sie haben kein Gespür mehr für das, was die Bevölkerungsinteressen ausmacht! Das unwürdige Schauspiel um **Swantje Hartmann** macht deutlich, dass die Funktionsträger der Delmenhorster SPD nicht in der Lage waren und sind, verantwortungsvoll und mit **Rücksicht auf Menschen** zu agieren - Krisenmanagement gleich null. Sie denken in erster Linie nur an sich selbst! Und auf Niedersachsen-Ebene? Da gab SPD-*

*Weiter nächste Seite*

### Ein Grenzfall von ...

Landeschef Duin den Kurs vor. Erst holte er Hartmann in Positionen, um sie wenige Monate später in die Wüste zu schicken. Ausgerechnet Duin, der als ehemaliger Abgeordneter des EU-Parlaments selbst eine untersuchungswürdige Rolle bei der unzulässigen Abrechnung von Sitzungsgeldern spielte. Das unterschlägt die SPD inzwischen gezielt. Und der damalige **SPD-Unterbezirksvorsitzende Ortel?** Der „Mann für's Grobe“ hatte bei allem die Finger im Spiel und ist jetzt - bei den Vorbereitungen für die Bundestagswahl im September -

auf wundersame Weise von 26. auf den extrem sicheren 9. SPD-Listenplatz gerutscht. „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...“ Da spielt es keine Rolle, dass Swantje Hartmann als Hoffnungsträgerin der Sozialdemokraten vor Ort inzwischen zur CDU abgewandert ist. Ob das von den 12 000 Wählerinnen und Wählern honoriert wird, die ihr bei der Landtagswahl 2008 die Stimme gegeben haben? Dieser Parteiwechsel macht übrigens die selbstgerechten Schweinereien der SPD, an der sich auch der **Trüb-fischer & Hinterbänkler, SPD-Bundestagsabgeordneter Ortel** beteiligt hat, nicht ungeschehen.

**DIE LINKE** hat in ihren bisherigen Erklärungen zu diesem Fall stets argumentiert, dass es ihr nicht um die billige Abwerbung einer Landtagsabgeordneten geht sondern um den konkreten Hinweis darauf, dass hier eine Partei, nämlich die SPD in Delmenhorst und auf Landesebene, eine üble **politische Unkultur** installiert. Dies und die personelle Mitverantwortung von **Ortel & Co.** werden u.a. auch Bestandteil unseres Wahlkampfes für die Bundestagswahl sein. Versprochen! **Sonst glauben die Damen und Herren der SPD am Ende noch, sie könnten uns alle ungestraft austricksen.**

Peter Vogel

### GSG-Wohnungen

von • 1,7 Mio (höchstes Gebot • 10 Mio ./• 8,3 Mio) fixiert, nach Art, Umfang und zu erledigenden Terminen?

Im Herbst 2008 wurde der Kaufpreis auf • 7 Mio reduziert. Die Commerzbank konnte einen Grundschuldbrief nicht termingerecht vorlegen.

**Frage:** Wurde die Vertragsdurchführbarkeit juristisch genau geprüft und wurden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, da die Commerzbank Löschungsbewilligung erteilte und jede Haftung bis zur Kraftloserklärung leisten wollte? Wo ist der entsprechende Prüfbericht? Wie hoch war die Grundschuldbestellung zum Fälligkeitstermin? Wurde mit der Bank des Käufers über einen Zweit-rangigen Grundschuldeintrag, bis zur Kraftloserklärung verhandelt? Was ist der Grund für den erneuten Preisnachlass von • 8,3 Mio auf • 7 Mio.

**Frage:** Wurde die Commerzbank und in welcher Höhe schadensersatzpflichtig gemacht? Wenn nein, warum nicht? Warum wurden die Zahlungstermine der Käuferin prolongiert, noch hinter den Termin der Kraftloserklärung.

**Frage:** Worin begründet sich genau ein abermaliger Preisnachlass im Mai 2009 von • 7 Mio auf • 6,3 Mio? War im Kaufvertrag keine Vollstreckungsklausel (notarieller Standard) über • 7 Mio enthalten?

**Frage:** Zu welchem Zeitpunkt und warum konnte sich die Käuferin auf einen verschlechterten Gebäudezustand berufen, der bereits zu einem Verkaufspreis von • 8,3 Mio bekannt

war? Wegen den Preisminderungen soll ein Zusammenhang zur Bonität der GSG hergestellt worden sein.

**Frage:** Drohte der GSG zum Zeitpunkt der Verkaufsverhandlungen die **Insolvenz?** Hätte die Stadt Delmenhorst als Alleingesellschafter für eine Prozesszeit aus Nichterfüllung, oder nur Teilerfüllung des Kaufvertrages etwa keine Bürgschaft leisten können?

Die **Gewoba** war nach der Verkaufsauslobung unter den Bietern und hatte • 6,2 Mio zzgl. Modernisierungs- und Sanierungskosten • 8 Mio geboten.

**Frage:** Warum wurde nicht bereits im Herbst 2008, nach den schlechten Erfahrungen mit der Käuferin, erneut mit der Gewoba verhandelt, oder neue Käufer gesucht?

**Frage:** Haben die Verhandlungsführer der GSG, die von der örtlichen Presse, Delme Report, als „Heuschrecke“ geoutete Käuferin nicht

erneut überprüfen lassen und den Weiterverkauf für • 13 Mio hinterfragt? Wo ist dieser erneute Prüfbericht?

**Frage:** Warum wurde nicht vor Annahme des Gebotes aus Mai 2009 • 6,3 Mio, ein erneutes Gewoba-Angebot eingeholt unter Nutzung der zur Verfügung stehenden politischen Netzwerke? Wenn nein, warum eigentlich nicht?

**Frage:** Wer hat die GSG juristisch und notariell beraten? Wo befinden sich die entsprechenden Belege und Gutachten? Wer hat den mithaftenden Aufsichtsrat beraten? Ist aus diesem Kaufvertrag die Einleitung weiterer juristischer Schritte beabsichtigt, oder schon eingeleitet, um den offensichtlichen Schaden in Höhe von bis zu • 4 Mio aufzuklären?

**Wir warten auf Antworten. LINKE-Ratsherr Jörg Dombrowe wird hierzu eine Anfrage in den Stadtrat einbringen.**

### Liebe Leser/innen der Depeschen,

ich habe auf der letzten Ratssitzung gegen eine Bürgschaft für das Delfina gestimmt, nicht weil ich gegen ein Schwimmbad bin, sondern weil ich von Ihnen, den Bürgern und Bürgerinnen von Delmenhorst einen Auftrag bekommen habe, nämlich: In Ihrem Interesse und gegen weiteres Schulden machen abzustimmen - und genau das habe ich getan. Der Delfina-Neubau, den die übrigen Ratsfraktionen beschlossen haben, bedeutet: Über 22 Millionen Euro Bürgschaft bei immer mehr Minus in den Kassen der Stadt.

Das halte ich für unverantwortlich! Bürgschaften sind dazu da, in Anspruch genommen zu werden. Und das wird beim Delfina voraussehbar passieren, wenn die geplanten Besucherzahlen ausbleiben - und dann sind wieder Sie als Bürger/innen gefragt.

Diese Gutsherrenpolitik ist nicht hinnehmbar. Mischen Sie sich ein. Kommen Sie zum nächsten Treffen der AG Kommunalpolitik der Linken am 27. Juli um 18:30 Uhr in die Kerem Kultur Kneipe – Syker Str. 190.

Ihr Ratsherr der Partei **DIE LINKE.**

Jörg Dombrowe

# Liebe Delmenhorster, wie haltet ihr es mit **KRIEG?**

Delmenhorst - Kurt Tucholsky, der von den NAZIS verfolgte Schriftsteller, hat in den dreißiger Jahren getextet:

*> Mutter, wozu hast Du Deinen aufgezogen,  
Hast Dich zwanzig Jahr' um ihn gequält?  
Wozu ist er Dir in Deinen Arm geflogen,  
Und Du hast ihm leise was erzählt?  
Bis sie ihn Dir weggenommen haben  
Für den Graben, Mutter, für den Graben!*

CDU und SPD finden es Klasse, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt wird - mit über 30 Toten bisher. **Wo bitte wird Deutschland verteidigt?**

Es gibt eine unsägliche Vergangenheit Deutschlands, sich kolonial dort einzumischen, wo Deutschland nichts zu suchen hat. Weil das Selbstbestimmungsrecht der Völker usw. usw. ... Irgendwann nach dem Zweiten Weltkrieg, haben meine Eltern und andere Eltern kapiert, dass dieser Größenwahn, der die Katastrophe des Dritten Reiches befördert hat, einfach unmenschlich ist. Was also haben deutsche Truppen im Ausland zu suchen?

**Mal wieder Krieg „spielen?“**

Die Lage der Menschenrechte hat die deutsche Truppe nachweisbar bisher nicht verändert. **Peter Vogel**

## **Stadtrat: Neuwahlen als die sauberste Lösung**

**Delmenhorst** - Von den 44 gewählten Stadträten/Innen sind nach zweieinhalb Jahren 16 nicht mehr in der ursprünglich gewählten Partei oder Gruppe, bzw. haben Nachrückern Platz gemacht. **Die sauberste Lösung wären Neuwahlen!**

Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) sieht aber die Selbstauflösung eines Stadt-/Gemeinderates nicht vor. Andere Lösungen, mindestens die Hälfte aller Ratssitze als vakant zu erklären, durch Mandatsverzicht, ohne Nachrücker, ist ein rechtlich umstrittenes Konstrukt, könnte aber zur Neuwahl führen. Bei dem derzeitigen Ratsdurcheinander ist dies nicht durchsetzbar.

Durch die geänderten Ratsverhältnisse - SPD 13, CDU 13, UAD 6, FDP 3, Die Liberalen 2, MUT/Grüne 2, DIE LINKE 1, Forum 1 und Gruppe PleFiMa 3, besteht die Gefahr, dass die Kleineren, nach d'Hondt oder Hare-Niemeyer zwar im Rat sitzen, aber nicht mehr in Ausschüssen vertreten sind, bzw. nur noch mit Grundmandat ohne Stimmrecht. Um dem Vorzubeugen, werbe ich dafür, dass man eine Gruppe, als strategische Allianz bildet.

**> Afghanistan: Keine deutschen Soldaten mehr für ein neues Stalingrad!**

Die Schröder-SPD hatte sich gegenüber der Bush-Administration in Amerika stets geweigert, einen völkerrechtswidrigen Krieg im Irak zu unterstützen. Und das war auch gut so. Alle Kriegs begründungen bestanden aus Dirty Tricks und waren ausnahmslos gefälscht, erstunken und erlogen. Die gleiche SPD (und die CDU) beteiligt sich jetzt immer stärker, mit immer mehr Soldaten und immer mehr militärischer Ausrüstung, an einem angeblich Frieden erzwingenden Krieg in Afghanistan und trifft doch nur überwiegend die afghanische Bevölkerung.

Hierbei bedient man sich ähnlicher Dirty Tricks: Nach einem fragwürdigen UN-Mandat wird von der Nato, unter deutscher Beteiligung und von deutschem Boden ausgehend, in Afghanistan **Krieg geführt.**

Deutsche Politiker, Deutsche Rüstungsmanager und Deutsche Generäle, verlassen das Manöverdenken und schaffen sich auf zynische Art und Weise reale Kriegs-Schauplätze, auf denen endlich Waffensysteme getestet und auch getötet werden kann. In Hochglanzbroschüren wird dies festgehalten, damit ein anschließender Verkauf auch erfolgreich verläuft. Deutschland ist nach Amerika und Russland der

drittgrößte Waffenexporteur in der Welt, Exportweltmeister Deutschland!

Die beiden SPD- Kanzler **Willy Brand und Helmut Schmidt** hatten bereits vor 40 Jahren, in ihrer Versöhnungs- und Friedenspolitik, die schlimmen Ereignisse aus den Weltkriegen zur SPD-Maxime gemacht: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Doch der Enkel Gerhard Schröder kippte dieses Paradigma und auch die jetzige SPD kennt nur noch das alte Adenauer-Zitat: Was schert mich mein dummes Geschwätz von gestern. Die deutsche Bevölkerung wird über das tatsächliche Leid der afghanischen Bevölkerung völlig im Unklaren gelassen. Über das Leid von vielen deutschen Familien, die ihre Toten, Verwundeten und psychisch Kranken aus Afghanistan betrauern, wird geschwiegen. **Volker Wohnig**

## **Aufruf zur Anstiftung in Sachen Frieden!**

In der Kyritz-Ruppiner Heide bei Berlin will die Bundeswehr den größten Bombenabwurfplatz Europas in Betrieb nehmen - das Bombodrom. Geübt werden soll vor allem der Abwurf un gelenkter Bomben, deren Einsatz im Kriegsfall zahlreiche Tote und Verletzte in der Zivilbevölkerung zur Folge haben.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Betriebserlaubnis verworfen hat, steht Verteidigungsminister Jung mit seiner Unterstützung für das Vorhaben alleine da. Am 13. Juli läuft die Einspruchsfrist gegen das Urteil ab.

*Verlangt alle von Jung (s. auch Internet-Adresse) das Urteil zu respektieren und die Pläne für das Bombodrom aufzugeben - als wichtiger Beitrag zur Friedentiftung und gegen Militäreinsätze!*

**<http://www.campact.de/bomb/sn1/signer>**



**Kommt jetzt der Abschwung für alle?**

## **Krise der Finanzmärkte - Forderungen der LINKEN**

*Von Alexander Steltenkamp*

Noch im Frühjahr diesen Jahres verkündete Kanzlerin Merkel einen „Aufschwung für alle“. Nun wird eine Rezession angekündigt. Vor wenigen Wochen schrien neoliberale „Wissenschaftler“ nach weniger Staat, Deregulierung und Privatisierung; heute ist von der „starken Hand des Staates“ die Rede, einige der größten Banken in den USA und Großbritannien werden verstaatlicht.

Das sind die Konsequenzen der Krise an den Finanzmärkten, ausgelöst durch eine zu lasche Kreditvergabe US-amerikanischer Banken. Doch hier die alleinige Schuld zu suchen ist nicht zulässig. Auch ein falsches System, von billigem Geld dank niedriger Zinsen, freien Wechselkursen, weitgehender Privatisierungen, Schwächung der Massenkaufkraft durch Sozialkürzungen und ständiger Deregulierungen haben die aktuelle Krise der Finanzmärkte begünstigt. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi sagt: „Wir haben immer gesagt, dass wir eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte brauchen, weil alles andere zu einer Katastrophe führt.“ Oskar Lafontaine forderte schon Ende der 90er die Wechselkurse festzuschreiben und die Kapitalmärkte stärker zu kontrollieren bis hin zu einem Verbot von Hedge Fonds, einer besonders spekulativen Anlageform. Zu dem 500 Milliarden Rettungspaket für Banken erklärt er: „Für die Unterstützung der Konjunktur sollte etwa ein Zehntel der zur Bankenrettung bereit gestellten Summe eingesetzt werden“

Solche Antworten der LINKEN haben heute wieder Konjunktur. Der französische Ministerpräsident Nicolas Sarkozy fordert sogar eine Teilverstaatlichung von Schlüsselindustrien um „eine industriepolitische Antwort zu finden“, denn „die Wirtschaftskrise ist da.“ Nur nimmt die

Bundesregierung diese Antworten nicht wahr. Sie stellt den Banken einen quasi-Blankoscheck aus. Weder ist in dem Paket ein Konjunkturprogramm vorgesehen, noch sind die Abgabe von Eigentums- und Stimmrechten im Gegenzug zu Finanzhilfen verbindlich geregelt. „Wohin staatliches Geld fließt, muss auch staatliches Eigentum entstehen“ so Gysi.

Die Forderungen nach Stärkung der Binnenkaufkraft können den Unterschied zwischen einer Rezession und einer Depression ausmachen. Im Klartext:

- Mindestlohn sofort (mindestens 10,00 Euro)
- eine zusätzliche Vermögensabgabe großer Vermögen (3000 Milliarden Geldvermögen werden von 0,01% der Bevölkerung besessen)
- Anhebung der Hartz IV Sätze (auf 500,00 Euro)
- wo der Staat einer Bank mit Geld hilft sind entsprechende Eigentumsrechte an den Staat zu geben
- es sind Verhandlungen erst innerhalb der EU, schließlich weltweit um die Wechselkurse erneut festzusetzen
- eine Steuer auf Finanzmarkttransaktionen, um kurzfristig Spekulationen entgegen zu wirken
- Wiederherstellung der alten Rentenformel

Denn der alte Spruch „Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert“ darf hier und heute nicht tragen.

---

**Einfach mal** bei uns

vorbeischaun:

[www.dielinke-delmenhorst.de](http://www.dielinke-delmenhorst.de)

Termine, Neuigkeiten, Politik & jede Menge Links zu anderen Anbietern.

### **IMPRESSUM**

Presserechtlich verantwortlich:

Jörg Dombrowe, Ratsherr DIE LINKE.

Postfach 1241, 27732 Delmenhorst

Tel.: 04221-61160, mobil: 0171-2712322

email: [joerg.dombrowe@ewetel.net](mailto:joerg.dombrowe@ewetel.net)

Redaktion: Peter Vogel

Tel.: 04221-53948, mobil: 0172-4296289

email: [P2807@aol.com](mailto:P2807@aol.com)